

Per Einschreiben

Herrn
Bundeskanzler Friedrich Merz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

OFFENER BRIEF

„Erbchaftsteuer“

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

soziale Gerechtigkeit liegt uns sehr am Herzen und sollte auch für die Regierung unseres Sozialstaates höchste Priorität haben. Die Steuergerechtigkeit ist das zentrale Instrument für das Funktionieren eines fairen Miteinanders. Bedauerlicherweise lässt diese Fairness in unserem Land seit Jahrzehnten erheblich zu wünschen übrig.

Große ererbte Unternehmensvermögen blieben über einen langen Zeitraum zu einhundert Prozent steuerbefreit. Dafür durften die Unternehmen lediglich sieben Jahre lang nach dem Eigentümerwechsel nicht verkauft werden und mussten in diesem Zeitraum den Großteil der Belegschaft behalten. Dieser Umstand begünstigte die enorme Anhäufung von Reichtum durch Inhaber großer Firmen. Es verwundert somit nicht, dass das reichste eine Prozent unserer Bevölkerung ca. 35 Prozent des Privatvermögens besitzt während der ärmeren Hälfte lediglich ein Anteil von rund zwei Prozent gehört*

Das Bundesverfassungsgericht reklamierte dieses Verfahren mehrfach. Nach kleineren Gesetzesänderungen in früheren Jahren wurde 2016 durch die Koalition aus den Unionsparteien und der SPD schließlich die Verschonungsbedarfsprüfung ins Gesetz aufgenommen. Eine generelle Erbschaftsteuerbefreiung für alle Firmenerben ist seitdem nicht mehr möglich. Lediglich Firmenvermögen bis zu 26 Millionen Euro bleiben bei der Übertragung an die Erben steuerbefreit. Erben höherer Firmenvermögen können eine Ausnahmeregelung in Anspruch nehmen, sofern sie „bedürftig“ sind. In diesen Fällen kommt die Verschonungsbedarfsprüfung zum Tragen. Können diese Erben ihre „Bedürftigkeit“ belegen, ist ein Steuererlass möglich. Der „Bedürftigkeitsnachweis“ lässt sich mit Hilfe spezialisierter Beraterfirmen recht einfach erreichen. Hierzu beschreibt u.a. Julia Jirmann vom Netzwerk Steuergerechtigkeit, dass diese Art von Steuervermeidung häufig Anwendung findet, z.B. durch das Verschieben von Vermögen in privatnützige Familienstiftungen oder durch frühzeitige Schenkungen an die späteren Erben.

Diese und weitere legale Steuerschlupflöcher müssen dringend geschlossen werden.

Erben privater Vermögen zahlen nach Abzug der Freibeträge zwischen 7% und 50% Erbschaftssteuer, abhängig von der Steuerklasse. Eine Verschonung ist nicht möglich.

Der Koalitionspartner SPD schlägt nun folgendes vor:

- Sehr große Unternehmensvermögen werden künftig progressiv besteuert. Schlupflöcher fallen weg. Für Unternehmen, die Arbeitsplätze sichern, kann die Zahlung der Steuer über 20 Jahre gestreckt werden.
- Geerbte Betriebsvermögen von bis zu fünf Millionen Euro werden freigestellt. Dies trifft auf ca. 85% der Betriebe zu. Somit sind die mittleren und kleinen Unternehmen, das eigentliche

Rückgrat unserer Volkswirtschaft, von höheren Belastungen verschont, was auch wir befürworten.

- Zudem erhält jede/r einen Freibetrag von bis zu einer Million Euro.

Wir bitten Sie, für die anstehenden Beratungen die genannten Argumente im Hinblick auf den sozialen Frieden in unserem Land zu bedenken. Sie betonen, dass sich Arbeit wieder lohnen muss und fordern härtere Sanktionen für bestimmte BürgergeldempfängerInnen sowie längere Arbeitszeiten für uns alle. Menschen, die durch Erbschaft überreich geworden sind, müssen hingegen gar nicht mehr arbeiten, da sich ihre Vermögen über Generationen angehäuft haben und sich fortlaufend durch gute Anlagestrategien vermehren lassen. Für die Schaffung großer Vermögen waren die Bedingungen in unserem Land für vorangegangene Generationen günstig. Jetzt ist es an der Zeit, dass überreiche Erben durch entsprechende Besteuerung ihren Beitrag zur Finanzierung unseres Staates mit seinen weitreichenden Aufgaben leisten, statt durch einen maßlosen, Ressourcen verbrauchenden Lebensstil unsere Umwelt zusätzlich enorm zu belasten.

Mit freundlichen Grüßen

OMAS GEGEN RECHTS Lübeck